

# Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße

www.dielinke-lausitz.de

Jahrgang 2023/06.04, Ausgabe 07

**S.2 Konzepte statt Murks**

Debatte zum Strukturwandel  
im Deutschen Bundestag

**S.3 Kita-Kollaps vorprogrammiert**

Landesregierung versagt beim Kampf  
um die Zukunft der Kitas

## Ursachen und Folgen des Kaimauer-Desasters müssen aufgeklärt werden

### Cottbuser Linksfraktion beantragt Akteneinsicht

In der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung Ende März stellte die Fraktion DIE LINKE eine mündliche Anfrage hinsichtlich



Frank Mittag, Stadtverordneter und Mitglied der Linksfraktion

der Rutschungen an der Kaimauer am zukünftigen Cottbuser Ostsee. Laut Antwort von Bürgermeisterin Marietta Tzschoppe laufen dazu aktuell Gespräche mit allen Beteiligten. Für die Linksfraktion ist das Thema damit nicht erledigt.

Sie fordert eine enge Einbeziehung der Kommunalpolitik in den weiteren Prozess, um eine lückenlose und transparente Aufklärung zu gewährleisten.

Dazu sagt Frank Mittag, Stadtverordneter der LINKEN und Mitglied im Rechtsausschuss: „DIE LINKE nimmt die Frage nach der Verantwortung für die Schäden rund um die Kaimauer sehr ernst. Wir beteiligen uns jedoch nicht an Spekulationen über die rechtlichen und finanziellen Konsequenzen. Deshalb haben wir umfassende Einsicht in alle relevanten Dokumente beantragt, um die konkreten Fakten zu beurteilen und gegebenenfalls Lösungen vorschlagen zu können. Ziel muss es sein, Schaden von der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden.“



Aktuell ist die Flutung des zukünftigen Ostsees gestoppt um Reparaturen an der Kaimauer durchzuführen. Notwendig wurden diese nach Rutschungen.

Auf den ersten Blick scheint eine Besonderheit zu sein, dass die Kaimauer nicht auf städtischem Grund und Boden errichtet, aber mit städtischem Geld und Fördermitteln des Landes bezahlt wurde. Die Kaimauer dürfte damit wesentlicher Bestandteil des Grundstückes sein und somit nicht im Eigentum der Stadt stehen. Hier muss aufgeklärt werden, welches Haf-

tungsverhältnis zwischen der Stadt und der LEAG als Grundstückseigentümerin besteht.

Darüber hinaus treibt uns die Frage um, ob die Unsicherheit des Baugrundes vorab hätte erkannt werden müssen und ob die beteiligten Gutachter ihrer Aufgabe ordnungsgemäß nachgekommen sind.“

Red.

## Für ein Europa der Menschen – nicht der Konzerne



Frederike-Sophie Gronde-Brunner, Katharina Slanina, Sebastian Walter (v.l.n.r.)

In einer gemeinsamen Beratung befassten sich die Landesvorstände der LINKEN Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit der Vorbereitung der Europawahlen im kommenden Jahr. Beide Gremien schlagen Frederike-Sophie Gronde-Brunner als gemeinsame Kandidatin für die Europa-

Wahl 2024 vor. „Überall in Brandenburg beeinflusst die Politik der Europäischen Union das Leben vor Ort. Statt auf Wettbewerb und Wachstum zu setzen, muss EU-Politik im Sinne der Menschen und der Umwelt handeln. Ich werde mich im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die Gesetzgebungskompetenz an das Parlament übergeht und die Mitbestimmung der Regionen gestärkt wird. Wir brauchen einen gut ausgestat-

ten EU-Haushalt, finanziert durch Eigenmittel, damit endlich mehr Investitionen in erneuerbare Energien und die nachhaltige Verkehrswende fließen. Dabei müssen wir Arbeitsplätze beispielsweise in den Stahlwerken oder dem Energiesektor nachhaltig sichern und dafür sorgen, dass nicht mehr die Menschen die Lasten der Krisen tragen“, sagte Gronde-Brunner in ihrer Bewerbung.

„Mit Frederike-Sophie Gronde-Brunner schicken Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam eine Kandidatin ins Rennen, die ihre europapolitische

Kompetenz mit langjähriger kommunalpolitischer Erfahrung verbindet. Diese Verbindung braucht es, denn wir wollen, dass EU-Politik vor Ort gestaltet wird, dass die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen, statt der multinationalen Konzerne. Wir stehen für eine Europäische Union, die die Macht der Märkte begrenzt und die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt“, so die Landesvorsitzenden der LINKEN, Katharina Slanina und Sebastian Walter. DIE LINKE wählt ihre Europaliste im November 2023 in Augsburg.

LV Bbg

# Die Lausitz hat mehr verdient als diesen Murks!

## Bundestagsdebatte zum Strukturwandel



Screenshot von der Liveübertragung Phoenix vor Ort: Die Abgeordnete Caren Lay (Sachsen) bringt den Antrag ein und kritisiert die Planlosigkeit der Bundesregierung

Nachdem der englische König am 30. März das „Hohe Haus“ verlassen hatte, gingen die Abgeordneten wieder ihren „normalen“ Aufgaben nach. So diskutierten sie – leider vor einem ziemlich leeren Saal – erstmals einen Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Sicherheit und Klarheit beim Strukturwandel in der Lausitz“ (20/4417), der in enger Abstimmung mit den Vertreter:innen der Lausitzrunde entstand.

Die Regierung soll einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Förderung auf den Zeitraum 2023 bis 2033 vorzieht. Bislang seien für den Strukturwandel in der Kohleregion Förderperioden von 2027 bis 2032 und 2032 bis 2038 geplant. „Die Fördermittel werden künftig in gleichgroßen Jahresscheiben vergeben, damit keine Förderlücken entstehen“, fordert

die Fraktion. Zudem solle ein Unterstützungspaket für die Kommunen in den Kohlerevieren aufgelegt werden, „das es diesen ermöglicht, ihre Planungskapazitäten durch Personaleinstellungen deutlich zu erhöhen“, schreiben die Abgeordneten. Gefordert wird außerdem, ein Förderinstrument zu entwickeln, mit dem „ökologische und nachhaltige Industriearbeitsplätze in der Region geschaffen beziehungsweise durch Transformation erhalten werden“. Dabei seien vor allem kleinere und mittlere Unternehmen zu fördern. Weiterhin solle zusammen mit den Ländern ein Konzept für Bürgerbeteiligung vorgelegt und ein Gremium für die Umsetzung der nationalen Wasserstrategie mit dem Schwerpunkt Wassermanagement in den Kohleregionen eingesetzt werden.

## Unterwegs in der Lausitz

### Christian Görke besucht Guben

Die ehemalige Hut- und Tuchmacherstadt Guben hat viele Vorteile zu bieten, etwa Fachkräfte, Grenznahe, Verkehrsanbindung, städtische Infrastruktur und ein Krankenhaus. Das zog in den letzten Jahren vermehrt Industriefirmen an. Christian Görke besucht regelmäßig die Stadt in seinem Wahlkreis. Dieses Mal war er zu Gast im Büro

der kanadisch-deutschen Firma Rock Tech und im Naemi-Wilke-Stift. Er informierte sich über den Stand sowie über die Funktionsweise des geplanten Konverters. Im Gubener Krankenhaus besichtigte er gemeinsam mit dem Geschäftsführer Andreas Mogwitz u.a. mehrere OP-Säle, das hoch moderne 3D O-Arm-Navigationssystem für

### Die Lausitz hat mehr verdient

Caren Lay (MdB, DIE LINKE) stellte für die Fraktion die Inhalte des Antrags vor. „Die heutige Debatte im Bundestag offenbart die Planlosigkeit der Bundesregierung bei den Themen Kohleausstieg und Strukturwandel. Weiter sagt sie: „Seit Jahren fordert zum Beispiel die Lausitzrunde Nachbesserungen bei den Strukturhilfen: Konzentration der Mittel auf die kernbetroffenen Regionen, Beschleunigungen des Bahnstreckenausbau, Wegfall der Eigenmittel für die Kommunen, gerechte Verteilung der neuen Stellen des Bundes und vieles andere mehr.“

Nicht nur, dass all diese Probleme von der Bundesregierung seit eineinhalb Jahren nicht angegangen wurden – die heutige Debatte hat offenbart, dass sich SPD, Grüne und FDP etwa in der Frage der Anpassung der Strukturhilfen nicht einig sind, sondern während der Debatte übereinander herfallen. Die FDP hat schließlich sogar Redner in die Debatte geschickt, die noch nicht einmal wussten, dass Teile der Lausitz in Sachsen liegen. Die Lausitz hat mehr verdient als diesen Murks!

Der sächsische Ministerpräsident konnte dagegen nach der Rede von King Charles – der er beiwohnte – nicht noch 30 Mi-

nuten warten, um auch an der Lausitz-Debatte im Bundestag teilzunehmen. Das ist einfach nur peinlich.“

Auch Christian Görke, der eine starke Rede in der Debatte hielt, fasst zusammen:

„Wir sind die konstruktive Service-Opposition und legen konkrete Vorschläge auf den Tisch, wie der Strukturwandel gelingen kann. Denn bisher kam aus der Bundesregierung, allen voran aus dem grünen Wirtschaftsministerium, höchstens heiße Luft. Mit unserem Antrag korrigieren wir bislang vorhandene Fehler und setzen neue Impulse. So fordern wir, dass die Finanztrickserei beendet wird und die JTF-Mittel zu 100% in die Reviere fließen und nicht im Bundeshaushalt versickern.“

Wichtig ist auch, dass bei den Schieneninfrastrukturprojekten in der Lausitz die Schleifahrt beendet wird und wir aus dem Schnecken tempo beim Ausbau herauskommen. Es geht uns aber vor allem darum, dass wir einen schnellen Einstieg in den Ausstieg schaffen und dabei die Menschen in der Region mitnehmen!“

Im Anschluss an die Aussprache wurde der Antrag zur weiteren Beratung an den federführenden Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Wirbelsäulenchirurgie, den Notfallbereich und die Telemedizinischen Einrichtungen. Er zeigte sich sehr beeindruckt von den vielen erfolgten innovativen Maßnahmen, die im Wilke-Stift bereits umgesetzt werden. „Die Industrieansiedlungen wie Rock Tech mit einem Investitionsvolumen von 700 Mio USD sind Mosaiksteine in Guben, um Innovation und Arbeitsplätze in die Region zu bringen bzw. zu halten. Aber

das ist nur der eine Weg. Die andere Facette ist, dass wir gerade auch für Industrieansiedlungen gute Standortfaktoren brauchen. Das heißt gute Kitas und Schulen, Erhalt der gesundheitlichen Versorgung. Darum ist es wichtig, dass wir alles dafür tun, dass das Wilke-Stift als Krankenhaus der Grundversorgung auch mit Blick auf die bevorstehende Krankenhausreform ein stabiler Anker bleibt.“

## Kita-Kollaps vorprogrammiert: Land lässt Kita-Rechtsreform endgültig scheitern!

**Kita-Recht: Reformprozess soll Schritt für Schritt fortgesetzt werden - oder nicht!?**

Aus der Pressemitteilung des MBSJ:

Bildungsministerin Britta Ernst hat heute (04.04.) das Kabinett über die Fortsetzung der Kita-Rechtsreform informiert. Der weitere Reformprozess wird schrittweise fortgesetzt. Darüber wird der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport informiert. Damit wird dem Landtagsbeschluss Rechnung getragen.

Bildungsministerin Britta Ernst: „Ich freue mich, dass am Kita-Gesetz weitergearbeitet werden kann. Angesichts der weiterhin hohen Belastungen der kommunalen Ebene soll dies in Teilschritten erfolgen. Bevor die Arbeit an einem neuen Abschnitt begonnen wird, erfolgt darüber jeweils eine Verständigung. Mit diesem Vorgehen modernisiert Brandenburg mit Unterstützung der Partner Schritt für Schritt das Kita-Gesetz.“

Die folgenden Themen sollen in Teilschritten bearbeitet werden, begonnen wird mit dem Thema „Datenschutz“, die weitere Reihenfolge steht noch nicht fest

- Datenschutz,
- Erlaubnis und Aufsicht
- Qualität und Aufgaben-Fachkräfte,
- Beteiligung,
- Ganztags,
- Grundsätze der Kindertagesbetreuung,
- Rechtsanspruch und Gewährleistung,
- Bedarfsplanung sowie
- Kinderschutz und Gesundheit.



Im September 2022 demonstrieren Mitglieder der Linksfraktion im Landtag gemeinsam mit Initiativen und Betroffenen für die Umsetzung der im Koalitionsvertrag versprochenen Kitarechtsreform.

Bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion Kathrin Dannenberg hat dazu eine klare Haltung:

Die blumigen Umschreibungen des am 05. April veröffentlichten Berichtes machen deutlich: Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat die Kitarechtsreform als Kernvorhaben des Koalitionsvertrages ganz klar absichtlich an die Wand gefahren. Nicht weil die Landkreise überlastet wären, sondern weil die Landesregierung Folgekosten für das Land vermeiden will.

Das ist in Anbetracht der sich zuspitzenden Situation in unseren Kindertageseinrichtungen für Kinder und Fachkräfte unverantwortlich:

- Landesweit müssen immer mehr Kitas Gruppen vergrößern, Öffnungszeiten reduzieren, teilweise schließen. Das Problem resultiert nicht aus dem zunehmenden Fachkräftemangel, sondern vor allem aus den immens großen Regelungslücken unseres maroden Kitarechts! Die Personalzumessung des Kitagesetzes beinhaltet

keine Vertretungsreserven. Die Finanzierung von Vertretungspersonal ist auch nicht geklärt!

- Die immens hohen Bürokratieaufwände - auch infolge der Neuregelungen zur Elternbeitragsfreiheit - fressen immer mehr Zeit und Geld, beides müsste dringend für die Verbesserung der Qualität eingesetzt werden. Immer mehr Kitaleitungen sind überlastet und kündigen.
- Unverändert belasten Klageprozesse zwischen Eltern, Trägern, Kommunen und dem Land Gerichte - und vor allem auch die zwischenmenschlichen Beziehungen.
- Fachkräfte flüchten aus Überlastung aus dem Kita-System. Kommunen können neue Kitas nicht eröffnen, weil junge Fachkräfte für das überforderte System immer schwerer gewonnen werden können.
- Immer mehr Träger von

Kitas drohen aufzugeben. Zugleich steigt in Brandenburg die Zahl der Kinder, die dringend einen Kitaplatz brauchen!

In dieser Situation erklärt das MBSJ, dass die dringend notwendige Erneuerung des Kita-Gesetzes nicht stattfindet. Stattdessen legt es einen Stufenplan vor, mit dem weitere Verschlimmberungen im bestehenden maroden Kitarecht zu befürchten sind. Dabei finden die zentral zu regelnden Gegenstände der Kitarechtsreform wie Finanzierungskonzept und Finanzierungszuständigkeiten nicht einmal eine Erwähnung. Dafür beginnt das MBSJ seine Verbesserungsarbeiten am Kitarecht im Schwerpunkt Datenschutz. Das ist in etwas so, als ob ein Arzt einem Patienten mit schweren Herzproblemen vorschlägt, sich zuerst um sein Hörproblem zu kümmern.

Dieser „Schein-Plan“ ist nicht akzeptabel. Im - von unserer Fraktion beantragten - Fachgespräch in der nächsten ABJS-Sitzung wird die Ministerin Farbe bekennen müssen.

## TERMINE



### Frieden für die Ukraine und Europa

Ostermarsch in Potsdam  
Samstag, 8. April 2023, 14 Uhr  
Platz der Einheit - Brandenburger Tor



**12.04./19.04. ab 15 Uhr**  
**Politischer Kaffeepausch**

**20.04. PLAN B** in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg  
**Klassenkampf? Ick mach glei' mit!**  
Gespräch & Diskussion mit Daniel Kulla und Marco Bedrich ab 18 Uhr im Café Zelig, Friedrich-Ebert-Str., Cottbus

**KLASSENKAMPF?**  
**Ick mach glei' mit!**  
Input von Daniel Kulla von classless.org  
im Gespräch mit Marco Bedrich, DGB

**20. April 18 Uhr**

Plan B  
Café Zelig  
Friedrich-Ebert-Straße  
Cottbus

**29.04. Sandower Bürgerbrunch mit Birgit Mankour** Thema: Härtefallfonds Ostrenter:innen  
11:00 Uhr, Cottbus, Begegnungsstätte Volkssolidarität mit Bettina Fortunato

**Büroöffnungszeiten**  
Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr  
Während dieser Zeit kann auch unser Zeitzeugen-Archiv besucht werden!

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: Soziale Bürgerberatung  
11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail [info@dielinke-lausitz.de](mailto:info@dielinke-lausitz.de)  
Tel: 0355 - 22 44 0  
im Netz: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)

## Friedenscamp mit Genossen Walter Baier (KPÖ)

Die Europäische Linke stellt sich den Problemen unserer Zeit und will ihren Beitrag zur Beendigung des Krieges in der Ukraine leisten. Deshalb ruft das „Ständige Forum der Europäischen Linken - der Regionen“ (SFEL-R) zur Teilnahme an einem Friedenscamp in der Tschechischen Republik im Mai dieses Jahres auf.

Der Krieg in der Ukraine ist kein regionales Problem, sondern ein Problem, das die Bürger Europas, ja der ganze Welt belastet und beendet werden muss. Nicht immer mehr Waffen lösen das Problem, sondern diplomatische Schritte zum Frieden und die Erarbeitung eines Vertrages der kollektiven Sicherheit unter Aufsicht der UNO. Die Zeit, der sich feindlich gegenüber stehenden Militärblöcke aus dem kalten Krieg ist vorbei. So wie der Nationalstaat in der Globalisierung seine Bedeutung im Leben der Menschen Schritt für Schritt verliert. Auch die EU darf kein Ersatz für das Streben nach Hegemonie in der Politik und Wirtschaft sein, sondern ein Bündnis des Ausgleichs der Menschenrechte, des sozialen Fortschritts und der Achtung des kulturellen Lebens der Völker. Diesem Ziel sind wir als sozialistische Partei in der Gegenwart verpflichtet.

Auch dazu wollen wir uns bei diesem Camp in den unterschiedlichsten Formen austauschen. Unser besonderer Dank geht an die Genossen der KSCM, die das Hotel „ORT“ in der Nähe der Stadt Sobotka bereitgestellt haben. Nach der Pandemie ist dieses Treffen das 29. Polit- und Europacamp, welches durch das Netzwerk organisiert wurde. Natürlich ist der Zeitraum 12.-

14.05.23 etwas kürzer als der der vergangenen Camps und auch das feste Datum aller bisherigen Treffen hat sich ein wenig verschoben. Aber wir sind stolz darauf, dass kurz nach dem 7. Kongress der Genosse Walter Baier für dieses Forum der linken Parteien und ihrer Basis aus unserer Region zur Verfügung steht.

Wir wollen verhindern, dass es bei den Europawahlen zur Schwächung der Fraktion THE LEFT im Europäischen Parlament kommt, die Militarisierung Europas weiter zunimmt und Krieg und Vernichtung unsere Zukunft bestimmen. Dazu braucht es eine Stärkung der Basis unserer Parteien im Wahlkampf. Es bedarf einer klaren Aussage zum Wahlprogramm und zur Auswahl der Kandidaten in der Diskussion mit unseren Bürgern. Das regionale Netzwerk SFEL-R hat dazu weitere Gäste der Parteien der EL aus Österreich, der Slowakei und Ungarn eingeladen.

Auch der bisher übliche touristische Teil der Europacamps ist bei der Planung des Friedenscamp bedacht worden. So wird es ab dem 12.05.2023 - 10 Uhr einen Infostand am Hotel ORT geben, der für Ausflüge in die wirklich schöne Umgebung des Böhmisches Paradieses „Český ráj“ mit Wort und Tat sowie Beratung zur Verfügung steht. Auch am 14.05.23 ist für Ausflüge noch Gelegenheit.

Rechtzeitige Anmeldung ist aber erforderlich!

Netzwerk der Europäischen Linken.  
SFEL-R

Stellv. Hauptkoordinatorin  
Monika Schömmel



Zámek / Schloss Humprecht

Jičín  
Valdická brána  
Valdicer Tor



### Anfahrtskizze



Český ráj / Böhmisches Paradies



**Friedenscamp**  
**12.05.2023 bis 14.05.2023**  
**Hotel Ort in Nepřívěc u Sobotky**